

II-650 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 328 /J

A n f r a g e

1983 -12- 0 2

der Abgeordneten Dr. SCHÜSSEL, Dr. ZITTMAYR, Dr. HÖCHTL
und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Konzessionserteilung an eine nordkoreanische
Bank gegen den Rat der Kreditinstitute

Im Profil vom 21. November 1983 heißt es unter dem Titel
"Sternschnuppe" wörtlich:

Gegen den Rat der Wiener Großbanken hat Minister Salcher einer
nordkoreanischen Bank die Konzession erteilt. Jetzt interessieren sich
die Sicherheitsbehörden für das Institut.

Auf den ersten Blick wirkt sie wie eine
beliebige Wiener Bank: Öffnungszeiten
von 8 bis 15 Uhr, im Fenster die Devisen-
kurse und eine solide Drehtür in den
Kassensaal.

Erst wenn man das Innere der „Golden
Star Bank AG“, an der Kreuzung Ring-
straße-Babenbergerstraße gelegen, betreten
hat, merkt man das Kulissenhafte des
Instituts: Ein ziemlich kahler Raum, in
dem weder die obligate Überwachungskam-
mera noch irgendwelche Werbeplakate
vorhanden sind, das einzige Bedienungspul-
t des Raumes sieht so aus, als ob dort
noch nie jemand gearbeitet hätte.

Nähert sich der unerschrockene Kunde
dem Kassenschalter und bringt dort sein
Anliegen vor, läuft ein bemerkenswertes
Ritual ab: Das junge Mädchen am Schalter
– die einzige sichtbare Angestellte – dreht
sich wortlos um. Aus dem Hintergrund des
Raumes taucht ein Herr mit steinerner
Miene auf, der entweder schweigend nickt
oder stumm den Kopf schüttelt.

Meistens schüttelt er den Kopf, der
Bittsteller ist damit entlassen.

Das kuriose Geldinstitut, seit Anfang
1982 in Wien etabliert, sorgt ob dieser
ungewöhnlichen Praktiken in der Wiener
Geldwelt für ein amüsantes Gesellschafts-
spiel: Wovon lebt die Golden Star Bank
bloß?

Das Institut betreibt immerhin einen
nicht unbeträchtlichen Aufwand. Das Ge-
schäftslokal an einer der besten und teuer-
sten Wiener Adressen, die sechs der Kran-
kenkasse gemeldeten Angestellten und der
zusätzlich gemietete erste Stock des Hauses
verursachen beachtliche Kosten, die offen-
bar kaum durch das herkömmliche Bank-
geschäft verdient werden können.

Denn: Während die Golden Star Lauf-
kundschaft abweist, behandeln die anderen
Wiener Banken die Golden Star wie einen
Aussätzigen – niemand macht Geschäfte
mit dem exotischen Geldhaus.

Mit gutem Grund. Anfang 1982 spra-
chen vier seriös gekleidete Herren nord-
koreanischer Provenienz in der Wiener
Girozentrale vor, gaben sich als Gründer
einer Bank namens „Golden Star“ aus und
wechselten insgesamt 1,8 Millionen US-
Dollar in Schilling ein.

Die Summe sollte das Stammkapital des
neuen Geldhauses sein.

Bei der Überprüfung der eingetauschten
Dollars erlebten die Giro-Leute eine böse
Überraschung – ein Teil der grünen
Scheine entpuppte sich als geschickte Fäl-
schung.

Daraufhin schneite der Bank unange-
meldeter Besuch in die Kassenhalle: Ein
Beamter des Sicherheitsbüros vernahm
den Geschäftsführer, um die Herkunft der
Blüten zu recherchieren.

Der Nordkoreaner putzte sich elegant ab. Er habe die Scheine von seiner Muttergesellschaft, der Nordkoreanischen Staatsbank, erhalten.

Seither dämmert eine Strafanzeige gegen „unbekannte Täter“ ihrer Verjährung entgegen.

Mit dem fulminanten Falschgeld-Entree hat sich die Golden Star am Wiener Bankplatz endgültig ins Out manövriert. „Wir lehnen es ab, mit denen irgendwelche Geschäfte zu machen“, meint ein Vorstandsmitglied der Österreichischen Kontrollbank stellvertretend für die Branche, „da sind uns ein bißchen viele Dinge ungeklärt.“

Ungeklärt sind vor allem eine ganze Reihe von Vorwürfen, die im ersten Jahr der Geschäftstätigkeit aufgetaucht sind. Zusammen mit der nordkoreanischen Botschaft sollen die Golden-Star-Leute Luxusautos gekauft, mit „CD“-Kennzeichen ausgestattet und unter Umgehung der österreichischen Zollvorschriften außer Landes geschafft haben.

Im Oktober wußte der „Kurier“ von einer ganzen Reihe von weiteren Vorwürfen gegen die Bank zu berichten: Die Golden-Star-Mannschaft hätte versucht, schweizerische Goldbarren mit minderwertigen nordkoreanischen zu vermischen und dann weiterzuverkaufen.

Auch im internationalen Waffenhandel sollen die Nordkoreaner ihre Wiener Bank als Zwischenstation benutzen, um die Herkunft verschiedener Lieferungen zu verschleiern.

Geklärt konnten all diese Vorwürfe bis jetzt nicht werden. „Das ist alles sehr schwer zu durchschauen“, ärgert sich ein Wiener Polizeioffizier, „die Nordkoreaner sind teilweise unter der Adresse der Bank polizeilich gemeldet, sind aber fast nie da oder genießen diplomatische Immunität. Da läßt sich kaum etwas unternehmen.“

Daß es mit den Nordkoreanern Ärger geben wird, wäre freilich schon vor Erteilung der Konzession durch das Finanzministerium abzusehen gewesen. Wo immer sich eine Gelegenheit geboten hat, nutzten die Vertreter des kommunistischen Korea ihre diplomatischen Privilegien und ihre westlichen Firmen zu unorthodoxen Geschäften: 1974 exportierten sie in Nordkorea gedruckte Dollars nach Chile, 1976 Rauschgift nach Ägypten, nach Dänemark, Norwegen und Finnland. Im gleichen Jahr mußte der Botschafter Nordkoreas in Schweden, Kil Chae Kyong, freiwillig Stockholm verlassen, weil Botschaftsangehörige in Drogengeschäfte verwickelt waren.

Die Ursache für die rege Handelstätigkeit ist klar: Nordkorea gilt als eines der bankrottesten Länder der Welt, das um nahezu jeden Preis Devisen beschaffen muß.

Nicht klar ist hingegen, warum Finanzminister Herbert Salcher trotzdem die Konzession zur Errichtung der Bank erteilte.

„Ich bin da verschlossen wie eine Auster“, meint der Minister. Salcher, der sonst nicht ungern über die Probleme der CA plaudert, ist dazu auch gar nicht ermächtigt, denn: „Das Finanzministerium kann doch nicht über eine seiner Kontrolle unterliegende Bank Auskunft geben.“

Daß dem Finanzminister die Golden Star Bank ein unerquickliches Thema ist, mag an der Leichfüßigkeit liegen, mit der sich Salcher über sämtliche Warnungen vor den Golden-Star-Leuten hinweggesetzt hatte.

Als ruchbar wurde, daß die Nordkoreaner in Wien eine Bank eröffnen wollen, schrieb die Bundessektion Geld und Kredit der Bundeswirtschaftskammer einen Brief an Salcher, in dem sie ihn bat, keine Konzession zu erteilen, da „die Volksrepublik Korea bzw. deren staatliche Außenhandelsbank seit Jahren ihren Verpflichtungen unter von österreichischen Banken – insbesondere von der Kontrollbank – gewährten Krediten nicht nachgekommen“ ist.

Die Bundessektion damals (Anfang 1982) prophetisch: „Die Etablierung einer nordkoreanischen Bank in Wien würde dem Ansehen Wiens als Finanzplatz schaden, zumal anzunehmen ist, daß international tätige Geldinstitute Geschäftsbeziehungen mit einer solchen Bank ablehnen würden.“

Auch im Finanzministerium selbst stieß Salcher auf Widerstand: Die für die Bankenaufsicht zuständigen Herren rieten dem Minister dringend ab, die Konzession zu erteilen.

Salcher erteilte trotzdem: im Februar 1982 die Konzession, im November 1983 einen Maulkorb für seine Beamten, die sich über die Gründe der Konzessionserteilung nicht äußern dürfen.

Denkbar sind zwei Erklärungen für den einsamen Entschluß des Finanzministers. Das Fachblatt „Börsenkurier“ hält die irrationale Variante für wahrscheinlich. „Salcher hat entschieden. Wahrscheinlich auch deshalb, weil Experten gegen etwas waren, was Salcher wollte.“

Aber auch eine rationale Variante ist möglich: Die Bank sollte es Nordkorea möglicherweise ermöglichen, zumindest einen Teil der Zinsen zu zahlen, die es Österreich schuldet.

Aufgegangen ist diese Rechnung jedenfalls nicht. Ein Kontrollbank-Manager: „Die Nordkoreaner schulden uns rund eine Milliarde Schilling, halten sich nicht an die Abmachungen und überweisen nur sehr sporadisch kleinere Beträge.“

Sie erwidern den guten Willen Salchers halt auf ihre Weise. Statt der fälligen Zinszahlungen schicken sie der Kontrollbank pünktlich am 1. Mai eine Glückwunschkarte zum internationalen Kampftag der werktätigen Klasse.

- 3 -

Die unterfertigten Abgeordneten richten nunmehr an den Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e :

1. Nach welchen Kriterien vergeben Sie Bankkonzessionen und wie begründen Sie im besonderen die Konzessionserteilung an die Golden Star Bank?
2. Ist es richtig, daß sich die Kreditinstitute gegen diese Konzessionserteilung ausgesprochen haben?
3. Wenn ja, warum haben Sie diese Einwände nicht berücksichtigt?
4. Ist es richtig, daß Sie Ihren Beamten bezüglich öffentlicher Äußerungen zu dieser Konzessionserteilung einen Maulkorb erteilt haben?
5. Wenn ja, wann, warum und in welcher Form?